

Nicht alle Stimmen sind gleich Die Sprengkraft mangelhafter politischer Repräsentation

Michael Zürn

Summary: Given the simultaneity of different layers of conflict in society, talk of polarization may seem misplaced. Yet, the convergence of different lines of conflict within the political sphere is furnishing a real threat: populist forces instrumentalize the democratic system's diminishing responsiveness to polarize the political debate.

Kurz gefasst: Angesichts der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Konfliktlinien ist die Rede von der Polarisierung zunächst befremdlich. Erst die Zusammenfassung unterschiedlicher Konfliktlinien in der politischen Sphäre begründet die Gefahr: Populistische Kräfte instrumentalisieren die über die Zeit geringer gewordene Responsivität des demokratischen Systems, um die politische Auseinandersetzung zu polarisieren.

Die Rede von der Polarisierung der Gesellschaft ist zum Allgemeinplatz geworden. Wenn man allerdings die Parteienlandschaft als politische Organisationsform gesellschaftlicher Konfliktlinien betrachtet, sehen wir in Deutschland etwas anderes: eine Pluralisierung der Konfliktlagen. Verschiedene Untersuchungen im Bereich der Politischen Soziologie zeigen, dass unsere Gesellschaft gegenwärtig durch zwei oder gar drei zentrale Konfliktthemenbündel gezeichnet ist, die unabhängig voneinander bestehen. Das ist zum einen die traditionelle Auseinandersetzung über das richtige Verhältnis von Staat und Markt. Es geht außerdem um Fragen des weltoffenen und toleranten Lebensstils, der den Vorstellungen einer traditionellen Leitkultur gegenübersteht. Und manche betrachten die Auseinandersetzungen über die Migration als ein davon getrenntes Themenbündel. Die gegenwärtige politische Landschaft ist vor dem Hintergrund verschiedener Konfliktlinien durch eine Ausdifferenzierung der politischen Lager gekennzeichnet, die sich alleine durch die beiden Pole links und rechts nicht mehr angemessen beschreiben lässt. Demnach gibt es in politischen Systemen mit Verhältniswahlrecht, wie dies in Deutschland der Fall ist, gar keine Polarisierung. Nur in Mehrheitswahlsystemen, wie in den USA, in denen aufgrund der „winner takes it all“-Logik zumeist nur zwei Parteien sichtbar sind, müssen die unterschiedlichen Konfliktlinien in einem eindimensionalen politischen Raum gebündelt werden. Dort sehen wir tatsächlich auch politische Polarisierung.

Wenn bestimmte Konfliktthemen länderübergreifend gesellschaftsprägend werden, wenn sie sich organisatorisch verfestigen und sowohl soziostrukturell als auch ideell unterfüttert sind, spricht die Politikwissenschaft von gesellschaftlichen Konfliktlinien. Die Theorie der Konfliktlinien begreift die Geschichte im modernen Europa als Abfolge von grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktformationen. Prägend für das 20. Jahrhundert war vor allem der infolge der Industrialisierung entstandene Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, bei dem sich linke und bürgerliche Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus polar gegenüberstanden. Zwar trugen diese Parteien in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Namen – und es gab innerhalb jedes Lagers zahlreiche Untergruppen –, dennoch erschlossen sich die meisten Parteiensysteme im Prinzip entlang der Links-rechts-Achse. Idealtypisch war etwa die Gegenüberstellung der Labour-Party und der Tories in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg.

Seit den 1980er-Jahren hat sich jedoch eine zusätzliche Konfliktlinie herausgebildet, die quer zur Links-rechts-Achse liegt. Die sie auslösende soziale Revolution ist die Globalisierung, die nicht nur die ökonomische Ungleichheit neu strukturiert. Durch die Globalisierung entsteht auch eine grundlegende Auseinandersetzung darüber, wie in der postnationalen Konstellation der Demos zu definieren ist, wie durchlässig Grenzen sein und ob politische Entscheidungen national oder supranational getroffen werden sollten. Ökonomische Unzufriedenheiten setzen an den Verteilungseffekten der Globalisierung an. Im Mittelpunkt steht dabei die wachsende materielle Ungleichheit, die innerhalb der meisten etablierten demokratischen Systeme über die letzten drei Jahrzehnte zugenommen hat. Verliererinnen der Globalisierung sind dabei insbesondere diejenigen, die wenig mobil sind. So haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass jemand eine autoritär-populistische Partei wählt, größer ist, wenn das Einkommen und die Arbeitsplatzsicherheit unterdurchschnittlich sind. Weder der Brexit, noch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten

ten wären erfolgt, wenn sie nicht erhebliche Unterstützung in niedergehenden Regionen mit alten Industrien erfahren hätten.

Es wird aber auch häufig auf kulturelle Veränderungen verwiesen. In diesem Fall wird die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit als ökonomische Dimension des politischen Raums betrachtet, während die neue Konfliktlinie zumeist als kulturelle Dimension gefasst wird. Demnach sind mit der Globalisierung der kulturelle Liberalismus und der Universalismus so dominant geworden, dass sie in der Tendenz abweichende Positionen als politisch inkorrekt ausschließen. Das habe dann zu einem kulturellen Abwehrkampf der eher traditionalistisch eingestellten Bevölkerung geführt. Gemäß dieser Erklärung stehen sich die *anywheres* und *frequent travellers* auf der einen Seite und die *somewheres* und Heimatverbundenen auf der anderen gegenüber. Der Gegensatz zwischen entgrenztem Globalismus und volksbezogenem Populismus zeigt sich dementsprechend besonders deutlich in den unterschiedlichen Einstellungen von Eliten und breiter Bevölkerung, vor allem auch in Migrationsfragen.

Die Pole dieser neuen Konfliktlinie werden mit unterschiedlichen Begriffen markiert: „grün-alternativ-libertär“ versus „traditionell-autoritär-nationalistisch“, „universalistisch“ versus „partikularistisch“ oder „kosmopolitisch“ versus „kommunitaristisch“. Durch das Hinzutreten der neuen Konfliktlinie ist ein zweidimensionaler politischer Raum entstanden. Zugespitzt kann man sagen, dass sich eine Vier-Viertel-Parteienlandschaft herausgebildet hat: 25 Prozent rechts (Konservative und Wirtschaftsliberale); 25 Prozent links (SPD und Linke); 25 Prozent kosmopolitisch (Grüne und möglicherweise neue Parteien, die aus den sozialen Bewegungen erwachsen); 25 Prozent autoritär-kommunitaristisch (AfD und andere autoritär-populistische Parteien). Die industrielle und die Globalisierungskonfliktlinie stehen also mit ähnlicher Prägekraft nebeneinander. Im Ergebnis sehen wir eine Pluralisierung der Parteienlandschaft, die eine pluralisierte Gesellschaftsstruktur widerspiegelt.

Die Gefahr einer Polarisierung erwächst erst dann, wenn sich die ökonomischen und die kulturellen Unzufriedenheiten bündeln. Die zwei prominenten Erklärungsansätze für die neue Zweidimensionalität des politischen Raums – der ökonomische und der kulturelle –, übersehen diese Gefahr, weil sie die politische Sphäre ausblenden. Deswegen ist die empirische Vorhersagekraft der beiden Erklärungen auch relativ beschränkt. Eine genuin politische Erklärung dieser Entwicklungen verweist auf Defizite in der Funktionsweise der Demokratie. Sie konzentriert sich auf die geringe Responsivität des politischen Systems gegenüber den Präferenzen der ökonomischen und kulturellen Globalisierungsverliererinnen. Bei ihnen verfestigt sich der Eindruck, sie würden von der Politik nicht gehört. Politikerinnen werden als politische Kaste wahrgenommen, die den eigenen und den Interessen der kosmopolitischen Elite dient. Insbesondere autoritär-populistische Parteien reklamieren für sich, für die Gruppe der Übergangenen zu sprechen. Sie kritisieren deshalb das politische System und die etablierten Parteien ganz grundsätzlich – und ihre Anklage verfängt, weil die Politik der letzten Jahrzehnte tatsächlich Parteigängerin der liberalen Eliten war.

In unserem Buch „Die demokratische Regression“ zeigen Armin Schäfer und ich, wie sich diese beiden Quellen der Unzufriedenheit tatsächlich durch eine Zurückweisung des liberal-demokratischen politischen Systems zusammenführen und mobilisieren lassen. Unsere These lautet, dass erst der politisch selektive Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen eine populistische Abwehrreaktion und damit die Gefahr einer Polarisierung der Gesellschaft provoziert. Diese These setzt an realen Defiziten der liberalen Demokratie an. Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen sind gleich gut repräsentiert, und die Interessen der materiell und ideell Ressourcenreichen werden stärker berücksichtigt. Insbesondere zwei Mechanismen sorgen dafür, dass politische Entscheidungen in eine Schiefelage zugunsten der Bessergestellten geraten. Zum einen hat die Politikwissenschaft schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass der Chor der demokratischen Repräsentantinnen „mit einem heftigen Oberklassenakzent“ singt (so hat es Elmer Eric Schattschneider bereits 1960 formuliert). Die mangelnde Responsivität der Parlamente in liberal-demokratischen politischen Systemen



Michael Zürn ist Direktor der Abteilung Global Governance am WZB, Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und Sprecher des Exzellenzclusters Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS). (Foto: David Ausserhofer)

michael.zuern@wzb.eu

Literatur

Beramendi, Pablo/Häusermann, Silja/Kitschelt, Herbert/Kriesi, Hanspeter: *The Politics of Advanced Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press 2015.

De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hg.): *The Struggle Over Borders*. Cambridge: Cambridge University Press 2019.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J.: „Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?“ In: Gary Marks/Marco R. Steenbergen (Hg.): *European Integration and Political Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press 2004, S. 120–140.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschiefer, Simon/Frey, Timotheos: *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press 2008.

Schäfer, Armin/Zürn, Michael: *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp 2021.

Schattschneider, Elmer Eric: *The Semisovereign People: A Realist's View of Democracy in America*. New York: Holt, Rinehart and Winston 1960.

Süddeutsche Zeitung: *Volk und Vertreter*. Online: <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordneten-fehlen-e291979/> (Stand 10.05.2021).

hat seitdem kaum abgenommen. Vielmehr zeigt sich, dass der Akzent im Zuge der Globalisierung noch stärker geworden ist. Es gibt im aktuellen Bundestag (mit 709 Sitzen der größte aller Zeiten) nur neun Abgeordnete mit Hauptschulabschluss. Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung müssten es 244 Personen mehr sein, wie die Süddeutsche Zeitung auf einer Daten-Website zeigt. Genau diese Verzerrung in der Repräsentation ist es, die die autoritär-populistischen Parteien lauthals beklagen. Im Zentrum ihrer Kritik steht, dass die repräsentative Demokratie, die „Systemparteien“ und die Medien kein Ohr für den einfachen Mann (von Frauen ist seltener die Rede) von der Straße haben. Die Rhetorik der Gegenüberstellung von einfacher Bevölkerung versus korrupter Eliten wird genau vor diesem Hintergrund laut.

Zum anderen sind in den letzten drei Jahrzehnten in beachtlichem Ausmaß Entscheidungskompetenzen von Mehrheitsinstitutionen wie Parteien und Parlamenten hin zu nicht majoritären Institutionen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichten und internationalen Institutionen verlagert worden. Entscheidungen werden zunehmend von Institutionen getroffen, die weder dem Mehrheitsprinzip noch den Rechenschaftspflichten repräsentativer Gremien unterliegen.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Mechanismen entsteht bei vielen Menschen der Eindruck, sie würden von der Politik nicht länger wahrgenommen – und dieser Eindruck hat eine reale Grundlage. Nicht alle Gruppen haben die gleiche Chance, dass ihre Anliegen gehört und politisch umgesetzt werden. Das ist der Hintergrund, vor dem sich die Vorstellung ausbreiten konnte, es gebe eine homogene politische Klasse, die abgehoben von der Bevölkerung ihr Ding macht und dabei den Interessen einer verwöhnten und tendenziell korrupten kosmopolitischen Schicht dient. Im Zentrum der Unzufriedenheit stehen gar nicht bestimmte ökonomische oder kulturelle Politiken, sondern das System, das diese hervorbringt. Noch ist es populistischen Kräften in Deutschland nicht wirklich gelungen, die pluralisierten Konfliktlagen in der Demokratiefrage zu bündeln. Genau diese Zuspitzung aber würde die Polarisierung der Gesellschaft entscheidend vorantreiben. Wie kann das verhindert werden? Ganz offensichtlich geht es nicht nur um wirtschaftliche Ungleichheiten oder kulturelle Differenzen. Die Demokratie selbst bedarf – wieder einmal – der Demokratisierung.

WZB-Mitteilungen online Medien und Polarisierung

Welche Faktoren erklären die zunehmende Polarisierung der Wählerschaft? Und was hat diese Entwicklung mit dem Sterben von Lokalzeitungen zu tun? Mehr als man zunächst vermuten mag. Eine aktuelle Studie zeigt: Nachdem sich eine Lokalzeitung aus einem Landkreis zurückgezogen hat, polarisiert sich dort das Wählerverhalten. Welche Mechanismen dabei wirken, beschreiben **Fabio Ellger, Hanno Hilbig, Sascha Raiz und Philipp Tillmann**. Zusammengetragen haben sie Daten aus jedem Landkreis, bei jeder Bundestagswahl, über einen Zeitraum von fast 30 Jahren.

Sie heißen Rezo, Louisa Dellert oder LeFloid. Social-Media-Influencer haben mittlerweile großen Einfluss gewonnen – zumindest auf jüngere Zielgruppen. Ihre Reichweiten auf YouTube oder Instagram gehen manchmal gar über die von großen Medienunternehmen hinaus. **Karoline Helbig**, Doktorandin am Weizenbaum-Institut in der Forschungsgruppe Demokratie und Digitalisierung, zeigt, dass Influencer auf zweierlei Weise Einfluss ausüben: Sie kuratieren Themen und Inhalte für ein großes Publikum, und sie bauen zu ihrem Publikum sogenannte parasoziale Beziehungen auf, über die sie ihren Einfluss auch qualitativ verstärken. Auf diese Weise können sie Polarisierung verstärken, ihr aber auch entgegenwirken.

Beide Texte finden Sie auf unserer Online-Plattform: wzb.eu/magazin-polarisierung